

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 45 (1953)
Heft: 4

Artikel: Zypern : symptomatisch für koloniale Gewerkschaftspolitik
Autor: Fischer, Alfred Joachim
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-353584>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 17.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

besiegen und sie durch den Altruismus zu ersetzen. Auch meine Hoffnung, daß der Mensch sich wirklich, und nicht nur formal und technisch, in die Höhe entwickeln werde, ist keineswegs übertrieben groß. Sie kann es, nach den furchtbaren zwei Weltkriegen und ihren Folgen, auch nicht sein. Man darf aber trotzdem, solange noch ein Schimmer von Hoffnung bleibt, das Weltbild der Gegenwart nicht zum Weltbild schlechthin für alle Zukunft machen. Die totalitären Diktaturmethoden werden nicht ewig dauern und ebenfalls den Weg aller menschlichen politischen Schöpfungen gehen.

Das Buch Grote wird, abgesehen von dem zahlreichen Material, das es dem Leser bringt, ihn auch zum Nachdenken veranlassen. Zuerst über seine Organisation und den Streik. Das ist ja auch der gewollte Zweck. Aber auch über die andern Dinge dieser Welt, zu der die Arbeiter ebenfalls gehören und deren wichtigster Teil sie sind. Grote schließt sein Buch mit einem ausgezeichneten und guten Wort. Es soll auch das letzte Wort dieser Besprechung sein.

«Ein Streik wird nicht nach der Fibel gemacht!»

Max Cohen-Reuß, Paris.

Zypern —

symptomatisch für koloniale Gewerkschaftspolitik

Arbeiter- und Bauernfragen der britischen Kronkolonie

Zypern mit seinen knapp 490 000 Einwohnern (80 Prozent Griechen) hat die größten Gewerkschaften in allen britischen Kolonien (Hongkong ausgenommen) und die *relativ* größten überhaupt. Nach westlichen Maßstäben ist der Lebensstandard dieser Insel ein bescheidener. Verglichen mit anderen Mittelostländern steht er an erster Stelle, bestimmte Sektoren Israels ausgenommen.

Bevor wir auf Einzelheiten näher eingehen, ist eine grundsätzliche Feststellung wegweisend: Die zyprischen Gewerkschaften beschränken sich nicht auf Arbeiterfragen. Vielmehr steht ein nationales Ziel, Enosis (Anschluß an Griechenland), im Mittelpunkt ihres Programmes.

Gewerkschaften praktisch erst seit 1935 legal

Kolonialsysteme basieren im allgemeinen auf sehr konservativen Traditionen. Bei unkorrupter Verwaltung sind ihnen sozial kämpferische Bewegungen wenig sympathisch. So gab es auch auf Zypern bis 1930 trotz fortschreitender Industrialisierung — nur etwa 50 Prozent der Bevölkerung lebt noch von der Landwirtschaft — keine Gewerkschaften, sondern nur sogenannte Arbeiterklubs. Ihre 1000 bis 2000 Mitglieder beschäftigen sich theoretisch mit Lohnfragen,

Arbeitsstunden usw., waren jedoch praktisch einflußlos. 1931, nach der Enosis-Revolution, wurden genau wie alle anderen griechischen Organisationen auch diese Klubs aufgelöst. Ein Jahr zuvor hatte der damalige Kolonialminister, Lord *Passfield*, alle ihm unterstellten Gouverneure, Regierungen usw. aufgefordert, die Gewerkschaftsbewegung zu ermutigen. Dadurch wurde sie ein Bestandteil der britischen Kolonialpolitik.

1932 erließ der Gouverneur von Zypern, das nicht zu den sich selbst regierenden Ländern gehört, ein Gewerkschaftsgesetz. Jedoch mußte bis 1935 jeder, der eine Gewerkschaft anmeldete, mit seiner Verhaftung als «Agitator» oder «Kommunist» rechnen. Erst dann war ein offeneres Hervortreten möglich. Da erste illegale Gewerkschaftsarbeit 1925 begonnen hatte, blickte man also auf eine zehnjährige Praxis und Vorbereitung zurück.

Gewerkschaftliche Blütezeit 1940 bis 1945

Von 1940 an fiel eine hemmende Einschränkung fort. Gewerkschaftsversammlungen waren nun nicht mehr vorher anmeldepflichtig. Zwischen 1941 und Kriegsende lag die Blütezeit. Zypern war eine der wichtigsten Kriegsbasen. Zeitweise wurden hier 50 000 Mann der Armee und Luftwaffe stationiert. Ein kooperativer Geist der Arbeiterschaft förderte den raschen Aufbau von Befestigungen und sonstigen militärischen Anlagen. Auch kamen nicht zuletzt aus Kreisen, die der Gewerkschaft nahestanden, eine sehr beträchtliche Zahl Kriegsfreiwilliger (insgesamt 35 000).

1941, als der wirkliche gewerkschaftliche Aufstieg begann, etablierte die Regierung ein Arbeitsdepartement. Ebenfalls 1941 wurde die Akel gegründet. Die Akel, die übrigens einzige Arbeiterpartei, hatte, da ein Verbot jeder kommunistischen Bewegung fortbestand, diesen harmloser klingenden Namen gewählt. Tatsächlich aber steht sie unter Moskauer Direktiven und ist eine rein stalinistische Gruppe, was ihre relativ gemäßigten Führer heute auch unverblümt zugeben. (Ein westlicher Journalist hat auf Zypern keine Schwierigkeiten, von prominenten kommunistischen Parteileuten und Gewerkschaftern empfangen zu werden.)

Die beiden Gewerkschaftsföderationen

Die Pan-Zyprische Arbeiterföderation — allgemein «Alte Gewerkschaft» genannt — ist dem Friedenskomitee, nicht aber der Akel angeschlossen. Da jedoch fast alle ihre Führer Kommunisten sind und der Generalsekretär, *Andreas Ziahrtides*, sogar zur Akel-Exekutive gehört, besteht in der politischen Praxis eine ideologische und weitgehende personelle Identität. (An den Wänden des Parteibüros hängen Stalinplakate.)

Zehn Tage nach Kriegsende wurde das Aktenmaterial der Alten Gewerkschaft beschlagnahmt und ihre Führer mit der Begründung, sie hätten einen Umsturz geplant, verhaftet und auf 18 Monate eingesperrt. Diese Episode beeinträchtigte die Organisation als solche nicht wesentlich. Von 13 000 Mitgliedern bei Kriegsende blieben 10 000 registrierte übrig.

Bis 1943 gab es nur die Einheitsgewerkschaft. Dann splitteten nichtkommunistische Kreise ab. Sie begründeten die Pan-Zyprische Föderation der Arbeiter, kürzer «Neue Gewerkschaft» genannt, deren Generalsekretär *Michael Pissas* ist. Offiziell bezeichnet sie sich als unpolitisch. Tatsächlich aber steht die Neue Gewerkschaft dem Erzbischof und der griechisch-orthodoxen Kirche nahe, die hier traditionsgemäß eine führende nationale Rolle spielt und auch den rechten Flügel der Enosis-Front repräsentiert (Akel bildet den linken). Pissas ist Mitglied des autonomen Ethrarchischen Rates, der prestigemäßig eine ähnliche Rolle spielt wie während der Mandatszeit die Jewish Agency in Palästina.

Obgleich die Bischöfe und Geistlichen sogar von der Kanzel einen Beitritt zur Neuen Gewerkschaft empfehlen, hat sie selbst nach wohlwollendsten Schätzungen höchstens 2500 Mitglieder erreicht.

Griechische Kirche — Wirtschaftsmacht durch Großgrundbesitz

Unbestritten ist die Bevölkerung tief religiös. Selbst in vielen Wohnungen linksgerichteter Zyprioten hängt neben den Bildern politischer Führer ein Porträt des Erzbischofs. Gleichzeitig aber erschreckt die wirtschaftliche Macht der Kirche, die man nicht noch durch Stärkung einer von ihr kontrollierten Arbeiterorganisation erhöhen will. Mit 129 000 Dunam Land steht sie unter allen Großgrundbesitzern Zyperns bei weitem an erster Stelle. Mittelalterliche Pachtmethoden, so die öffentliche Auktion des Bodens für 18monatliche Bebauung oder hohe — bis 50prozentige — Ernteabgaben machten die Nationalkirche als wirtschaftliche Institution unpopulär.

Bauern endlich schuldenfrei

Nicht allgemeine Arbeitslosigkeit, sondern mangelnde Vollbeschäftigung des Bauern ist das soziale Problem Zyperns. Neben der Kirche sind Evkaf, die staatlich kontrollierten religiösen Hinterlassenschaften der Mohammedaner, und einige türkische Beys die hauptsächlichen Pachtherren. Es existiert aber auch im Gegensatz zu anderen Mittel-Ost-Staaten ein sehr beträchtlicher bäuerlicher Eigenbesitz (zumeist Kleinbesitz). Vor 15 Jahren hatte die Verschuldung der Bauern katastrophale Ausmaße erreicht. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß praktisch *alle* vor dem Bankrott standen. Wucherer nutzten ihre Notlage aus. Borgte sich beispielsweise ein Bauer 80 Pfund, so mußte er sofort einen Schuldschein über 90 Pfund

unterschreiben, der bei Zahlungsunfähigkeit in einen neuen über 108 Pfund ausgetauscht wurde. Nach kurzer Zeit vertrieb ihn diese Lawine von Haus und Hof.

Wollte also die Regierung kein soziales Chaos riskieren, dann mußte sie die Initiative ergreifen. Das geschah in Form von Kooperativen. Ein Pfund Mitgliedsbeitrag sichert künftige Anleihen zu hier sehr niedrigem Zinssatz (6 Prozent).

Durch die Kriegskonjunktur, die in einem Lande mit so starken militärischen Kräften besonders günstig war, und durch besondere Aufwendungen für die Land- und vorbildliche Forstwirtschaft im Rahmen des 10-Millionen-Pfund-Fortentwicklungsprogramms wurde eine bemerkenswerte wirtschaftliche Erholung der Bauern erzielt. Zum erstenmal sind sie vollkommen schuldenfrei. Baukredite haben sogar vielfach zu einem weit höheren dörflichen Wohnniveau geführt, wenn daneben auch noch zahlreiche Orte nur aus einfachsten Lehmhütten bestehen.

Viele Sozialkritiker verübeln es der Regierung, daß sie nicht einmal Anstalten trifft, um den von ihr kontrollierten Bodenbesitz zu verteilen. Bei allgemeinem Landhunger könnte eine solche Maßnahme dem in vielen Bezirken starken Kommunismus am besten entgegenwirken.

Zwei große Verbände, die Zyprioter Union der Bauern (PEK) und die Union der Zyprioter Bauern (EAK) sind sehr aktiv. Letztere ist linksgerichtet und wird von *Char. Michaelides*, einem in Oxford graduierten Professor, geleitet. Erstere gehört zur Rechten und erkennt wie alle nationalen Organisationen den Erzbischof als höchste Spitze an. PEK hat die größte Mitgliederzahl.

Zahlreiche Kleinbauern sind allerdings mehr Saisonarbeiter. Die großen Zitrusplantagen bieten ihnen einen guten Nebenerwerb, der oft sogar Haupterwerb ist. Da der Zitrusexport zu den wichtigsten Wirtschaftszweigen überhaupt gehört, verdient er die besondere Aufmerksamkeit des Beobachters.

Friedliche Taktik der kommunistischen Gewerkschaft

Viele Dörfer bei Limassol und Famagusta, den Hauptplantagenzentren, halten an gänzlich patriarchalischen Prinzipien fest. Nur wer hier über alte Familienbeziehungen verfügt, kann mit Arbeitskräften rechnen. Dieser Typ ist zumeist unorganisiert. Andere haben sich nicht den Bauernverbänden, sondern der Gewerkschaft — und fast immer der alten — angeschlossen.

Diese Bevorzugung entsprach anfangs wohl weniger kommunistischen Sympathien (wenn sie sich auch zumeist durch wirkungsvolle Propaganda einstellten) als Selbsterhaltungstrieben. Bis heute hat es nämlich die Neue Gewerkschaft, die mehr oder weniger eine ambitionöse Ein-Mann-Angelegenheit ist, kaum zu effektiven Leistungen

gebracht. Unternehmer — das gilt nicht nur für Plantagenbesitzer, sondern genau so gut für verschiedenste Industrielle — würden sich weit lieber der nichtkommunistischen Gewerkschaft bedienen. Immer wieder müssen sie aber die Entdeckung machen, daß ihnen nur die Alte Gewerkschaft ausreichend Arbeiter verschafft und getroffene Vereinbarungen, notwendigerweise unter Verwarnung der eigenen Mitglieder, einhält.

Gegenwärtig herrscht in Zypern ein vorbildlicher Arbeitsfriede. 1950 gingen 15 338 und 1951 nur 10 475 Arbeitstage durch Streiks und Aussperrungen verloren. Hingegen waren es 1948 226 890, das heißt mehr als in England.

Verschiedene Gründe sind für die veränderte Situation maßgebend. 1948 wurde der alte und erfahrene Gewerkschafter *Harold Chudleigh* zum Arbeitskommissar (Chef des Arbeitsdepartements) ernannt, der auf dem gleichen Gebiet in Palästina große Erfahrungen gesammelt hatte. Seiner Vermittlung glückte es in den meisten Fällen, Konflikte friedlich beizulegen. Auch politische Momente haben zweifellos zur gemäßigteren Haltung der kommunistischen Gewerkschaften beigetragen. Man darf annehmen, daß sie daran interessiert ist, eine Massenorganisation zu werden und nicht bei der Erfassung von 10 bis 12 Prozent aller Arbeitnehmer — ohne Landbevölkerung — stehen bleiben will. Um aber der Verbotsgefahr zu entgehen, muß man sich hier vor radikalen Entgleisungen hüten. Daher verfolgt die kommunistische Gewerkschaft Zyperns eine ganz andere und weit friedlichere Taktik als etwa die Frankreichs oder Italiens.

Enosis und Gewerkschaftspolitik

Beide Gewerkschaften bejahen, wie wir bereits feststellten, den Anschluß Zyperns an Griechenland. Sie versuchen ihre Dachorganisationen — die Brüsseler Freien Gewerkschaften und den Weltgewerkschaftsbund — einzuschalten. Wie weit die Kommunisten mit vollem Herzen dabei sind, läßt sich schwer feststellen. Jedem ihrer Führer drohte bei einer Uebernahme der Insel durch Griechenland die Hinrichtung. Auf Fragen in dieser Richtung antwortet man mit der Selbstaufopferungstheorie und mit der etwas naiven Voraussage, von Zypern aus könnte ja Hellas «befreit» werden.

Beinahe radikaler reagiert Pissas' Neue Gewerkschaft. Als während eines von ihm im Oktober 1951 einberufenen Kongresses keine Visa an nicht weniger als 18 Delegierte aus Griechenland erteilt wurden und schließlich ein generelles Verbot erfolgte, weil die politische Enosis-Frage auf dem Programm stand, wehrte er sich leidenschaftlich. In Athen fanden große Pressekonferenzen statt mit Pissas als Star, der die Situation der Zyprioter Arbeiter in ungünstigem Licht falsch darstellte. Seinem Einfluß glückte es, daß Griechenlands Gewerkschaften zeitweise den Kontakt mit den britischen abbrachen.

Da sich Zyperns Neue Gewerkschaft im Politischen beinahe erschöpft, während ihre gewerkschaftlich geschulte Gegenspielerin durchaus nicht die wirtschaftlichen und sozialen Fragen vergißt, verstärkt das wiederum die Anziehungskraft der letzteren. Pissas gibt jungen aktiven Menschen keine Chancen, neben ihm aufzukommen. Das ist um so bedauerlicher, als persönliche Ambitionen im Orient eine besonders große Rolle spielen. Versuche, auf ihn einzuwirken und dadurch die nichtkommunistischen gewerkschaftlichen Kräfte zu stärken und aus der fortschreitenden Defensive herauszuholen, blieben erfolglos. Selbst der Zypernbesuch des prominenten Gewerkschafters Evert Kupers (im Auftrag des IBFG) blieb ohne nachhaltiges positives Resultat.

Durch die Enosis-Parolen verließ ein beträchtlicher Teil der türkischen Arbeiter beide Gewerkschaften. Als größte Minderheit Zyperns repräsentieren die Türken 18 Prozent der Bevölkerung. Sie stehen der Regierung loyal gegenüber und wollen am *status quo* nichts gerüttelt sehen. Einige selbständige türkische Gewerkschaften sind zahlenmäßig klein. Oft bleibt ihnen auch durch persönliche Gegensätze der Erfolg versagt. Wo es den Türken hingegen gelingt, eine breitere Basis zu finden, setzen sie vieles durch. Beispielsweise gilt das für die Hafentarbeitergewerkschaft in Famagusta, die nach langen Kämpfen eine bemerkenswerte Lohnerhöhung durchsetzte (16 Schilling täglich statt bisher 12 bis 13).

Trotz aller britenfeindlichen Propaganda hat es die Zyprioter Regierung nicht schwer, Arbeiter für ihre verschiedenen Fortentwicklungsprojekte, darunter das zentrale Elektrifizierungsschema, und auch für die militärischen Anlagen dieser wichtigen Kriegsbasis zu finden. Der staatlichen Initiative und der Tatsache, daß sie die industrielle Aktivität, verglichen mit der Vorkriegszeit, etwa verzehnfachte, verdankt Zypern 16 000 Lohn- und Gehaltsempfänger mehr als 1946. Zu neuen Unternehmungen gehört so ziemlich alles, von Bierbrauereien bis zu Nägeln und künstlichen Zähnen. Obgleich die Alte Gewerkschaft zur Solidarität für die streikenden Aegypter am Suezkanal aufgefordert hatte, meldeten sich 5000 Zyprioten freiwillig dorthin. Der Lohnaufschlag betrug 20 Prozent.

England ist am Besitz der Insel aus rein militärischen Gründen interessiert. Materielle fallen fort, da es seit dem Kriege weit mehr investiert als je herauszuholen wäre. Britischerseits will man bei aller aufrichtigen und traditionellen Freundschaft für Griechenland dieses strategische Juwel nicht in schwache Hände legen, denen es wohl auch noch nicht endgültig glückte, eine effektive kommunistische Gefahr zu verscheuchen. (In seiner heutigen Form bedeutet der lokale Zyprioter Kommunismus keine Gefahr.)

Alle Zyprioter Griechen treten offiziell für Enosis ein. Während eines kürzlichen Anschlußplebiszites, an dem Beamte nicht teilnehmen durften, zeichneten 96 Prozent ihre Namen in die Listen. Nie-

mand würde es wagen, sich je nach Einstellung dem Druck der Kirche oder von Akel und Alter Gewerkschaft zu widersetzen.

Lebensbedingungen in Griechenland und auf Zypern

Bei privaten Umfragen stellt man dann eine geringere Zahl wirklicher Enosis-Enthusiasten fest. Mögen auch manche Klagen darüber angestimmt werden, daß England in Zypern zu wenig einkauft und zu viel absetzt, so ist man sich doch der vielen Vorteile bewußt, die die Zugehörigkeit zum Sterlingblock mit sich bringen. Der Wert einer unbestechlichen Beamtenschaft wird von vielen insgeheim eingesehen.

Aber auch individuelle materielle Gründe sprechen für das heutige System, das durchaus bereit ist, seine Souveränität mit Ausnahme der Außenpolitik selbst zu beschränken und dem Lande eine von zahllosen Zyprioten im Grunde gewünschte Konstitution, ein Parlament usw. zu gewähren.

In Griechenland sind die Steuerlasten erdrückend und nicht gerade sozial gestaffelt. Auf Zypern kommt der kleine Verdiener gut weg, und dem großen werden mindestens nicht die letzten Haare ausgerupft. (Daher steigende ausländische Investitionen.) Bei einem Jahreseinkommen von 300 Pfund zahlt man überhaupt keine Steuern, bei 500 Pfund ein Junggeselle 18,6 Pfund, ein verheirateter Mann 13,15 Pfund, mit zwei Kindern 6,5 Pfund. Zyprioter Beamte — ohne Unterschied der Nationalität gehören sie der gänzlich unpolitischen und regierungsloyalen *Civil Service Organisation* an — verdienen unter Mitberücksichtigung der viel niedrigeren Steuern das vierfache ihrer Kollegen in Griechenland bei gleichzeitig sehr guten sozialen Bedingungen, langen Ferien und halbem Arbeitstag während des Sommers. Als sie das neue Gewerkschaftsgesetz zur Registrierung oder zum Antrag auf eine Befreiung davon verpflichtete, entschied man sich für den Antrag. Offizielle Begründung: die Organisation wollte einer Kontrolle ihrer Buchhaltung entgehen. Tatsächlich aber spielte wohl auch ein recht verbreiteter Standesdünkel mit.

Bis 1949 war es hingegen den Regierungsarbeitern nicht möglich, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Ein scharfer Kampf der Gewerkschaften brachte ihnen schließlich dieses Recht. Sie sind nunmehr als selbständige Verbände der Alten Gewerkschaft angeschlossen. Auch wurde ein Komitee gegründet, das alle Streitfragen zwischen Regierung und Regierungsarbeitern behandelt. Als Schlichter wohnt ihm der Arbeitskommissar bei, der in gleicher Kapazität auch am allgemeinen Arbeitsberatungskomitee teilnimmt, in das die Gewerkschaften eingeladen wurden. (Es gibt kaum registrierte Arbeitgeberorganisationen, und die Aktivität der Unternehmer beschränkt sich bis auf gelegentliche, oft von gewerkschaftlicher Seite inspirierte

Zweckmäßigkeit zusammenkünfte nur auf zwei Handelskammern. Natürlich erschwert diese Haltung normale Beziehungen zwischen beiden Sozialpartnern.)

Um eine Vorstellung davon zu bekommen, in welchem Umfang die öffentliche Hand als Arbeitgeber fungiert, sei ein einziges, bezeichnendes Beispiel angeführt. Allein für die Soldatenstadt Dhekelia werden sechseinhalb Jahre lang 2 Millionen Pfund pro Jahr aufgewendet. Von diesen zwei Millionen kommen der Insel an Material, Bauaufträgen, Arbeiterlöhnen usw. 1 Million Pfund zugute.

Ueberhaupt gehört der Bauarbeiter (44-Stunden-Woche) verdienstmäßig zur Eliteklasse. Pro Tag verdient ein Stuckarbeiter 20 Schillinge, ein Maurer 17 bis 19 Schillinge, ein Tischler 15 bis 17 Schillinge, ein ungelernter Arbeiter 11 bis 13 Schillinge, eine ungelernete Arbeiterin aber nur 7½ bis 10 Schillinge. (Diese ungünstige Relation für Frauen ist in allen Berufen mit Ausnahme einiger kaufmännischer typisch und wird von den Gewerkschaften — bisher ohne große positive Erfolge — bekämpft.)

Die Einkünfte des Bauarbeiters stehen auch dem Kaufwert nach weit über Vorkriegsniveau. In den anderen Arbeiterberufen ist der Reallohn teils höher und teils etwas niedriger. Selbst nach ungünstigsten Schätzungen beträgt die Einbuße gegenüber 1939 nie mehr als 20 Prozent ¹.

In Griechenland beläuft sich der durchschnittliche Reallohn auf 50 Prozent des Vorkriegswertes. Da hohe Steuern hinzukommen, sieht jedoch die Praxis weit düsterer aus. 60 Prozent des Lohnes werden aufgegessen, in Zypern nur 49 Prozent. Auch die griechische Arbeitslosigkeit zeigt ganz andere Kurven an. 1948 = 15,6 Prozent, 1949 = 21 Prozent und 1950 = 33,6 Prozent oder 165 701 ².

Für Zypern müßte das Schicksal der dodekanesischen Insel Rhodos ein besonders warnendes Beispiel sein. Unter italienischer Herrschaft hatte sie einen beträchtlichen Wohlstand erreicht. Nach der Vereinigung mit Griechenland stieg die Arbeitslosigkeit auf 65 Prozent, und ein großer Teil der Einwohnerschaft, darunter viele Türken, sahen sich zur Auswanderung gezwungen.

In der zyprischen Lohnskala dürften die sehr guten Einnahmen der geschulten Zitruspacker (19 bis 26 Schillinge täglich, Frauen und Jugendliche 12 bis 19 Schillinge) nicht darüber hinwegtäuschen, daß es sich um Saisonarbeit handelt und man von den Ein-

¹ Zu Vergleichszwecken einige Preise: 1 Oke (1¼ kg) Brot 7,7 Piaster. (Der Zyprioter Schilling setzt sich aus neun Piastern und nicht, wie der englische, aus 12 Pennys zusammen.) 1 Oke Schweinefleisch: 82,8 Piaster, 1 Oke Olivenöl 86,5 Piaster, 1 Oke Zucker 26,5, 1 Oke Oliven 29,6, 1 Oke Kaffee 82,4, 1 Paar Herrenschuhe 332.

² Von der Arbeitslosigkeit besonders hart betroffen sind Männer im militärfähigen Alter, da die Arbeitgeber gezwungen werden, sie während der Dienstjahre weiter zu bezahlen. (Zypern ist als Kolonie von der Militärdienstpflicht befreit.)

künftigen viele beschäftigungslose Monate zehren muß. Landarbeiter stehen aus gleichen Gründen noch schlechter da: Männer 8 bis 11 Schillinge, Frauen 4 bis 7 Schillinge, Jugendliche 2½ bis 5 Schillinge (42- bis 56-Stunden-Arbeitswoche). Wegen der vielen arbeitslosen Monate hat es ein Landarbeiter immer noch schwer, sich eine Zigarette nach dem Essen zu leisten.

Sonst aber ist der allgemeine Lebensstandard gestiegen, zum Teil auch durch die Lohnarbeit vieler Familienmitglieder, während es früher eigentlich nur einen Ernährer gab. Kino, Kaffeehaus, bessere Kleidung und hochwertigeres Essen gehören heute zu den natürlichen Bedürfnissen des Stadtarbeiters, für den bis 1939 schon Fleisch eine Delikatesse war.

Am schlechtesten ist es noch um das Wohnproblem bestellt, da gewerkschaftlich geforderte Arbeiterbaukooperativen keine Ermutigung durch die Regierung finden. Nutznießer einer recht regen Bautätigkeit sind an erster Stelle der Mittelstand, daneben auch besser gestellte Bauern. Selbst mit kommunaler Hilfe geschaffene Wohnblocks haben ihre Mieten teilweise so erhöht, daß sie für Arbeiter kaum mehr in Frage kommen.

Soziale Einrichtungen nicht ausgebaut

Nicht gerade rosig steht es auch um das allgemeine Sozialwesen. In diesem Punkt allein ist Griechenland Zypern weit voraus, vor allem nachdem die verschiedenen griechischen Versicherungs-, Pensions- und Arbeitslosenunterstützungsschemen wesentlich verbessert wurden. Auf der Insel wird, von großen Firmen abgesehen, schon der Arbeitsschutz allzu oft vernachlässigt. Merkwürdigerweise interessieren sich die Gewerkschaften wenig dafür. So liegt die Hauptverantwortung für eine immer umsichtiger und erfolgreichere Kontrolle beim Arbeitsdepartement, das Inspektoren ausschickt.

Für die nächste Zukunft ist eine Pension vorgesehen, die auf dem Arbeitsplatz Verunglückten und berufsunfähig Gewordenen zugute kommen soll. Bei tödlichen Unfällen ist die Abfindungssumme an die Hinterlassenen vorläufig noch lächerlich gering. In einem mir bekannten Fall, den man als symptomatisch betrachten darf, betrug sie 450 Pfund (Witwe und vier Kinder).

Kantinen sind heute weit verbreiteter als vor dem Kriege. Fast alle Firmen, die über 50 Arbeiter beschäftigen, haben sie eingerichtet und liefern warme Mahlzeiten um die Hälfte billiger als Restaurants.

Eine Arbeitslosenunterstützung existiert nicht. Wie schon festgestellt wurde, ist jetzt auch im allgemeinen das Problem mangelnder Vollbeschäftigung brennender. Bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten werden nach Möglichkeit beschäftigungslose Saisonarbeiter eingestellt und auch von dieser Erscheinung schwer getroffene Gebiete berücksichtigt.

Bisher ist es den Gewerkschaften nicht geglückt, ein Alterspensionsschema bei der Regierung durchzusetzen. Jedoch wird dieser Plan weiterhin energisch verfolgt. Gewerkschaftliche Wohlfahrtsfonds und Krankenkassen, die eigene Hospitäler und Aerzte erhalten, Krankengelder und Schwangerschaftszuschüsse ausbezahlen usw. halten sich auf beachtlicher Höhe und werden von sozial eingestellten Unternehmern unterstützt, die zumeist die Hälfte der Mitgliedsbeiträge übernehmen. Auf diesem Gebiet sind nicht nur große industrielle Gewerkschaften erfolgreich, sondern auch halb-landwirtschaftliche wie Limassoler Zitrusarbeiter.

Dritte Macht ist gewerkschaftsfeindlich

Vorbildliche Sozialleistungen erzielten einige der Bergwerksgesellschaften. Sie repräsentieren eine der drei Mächte, von denen Zypern beherrscht wird (Regierung und Kirche sind die beiden andern).

Um sich von der internationalen Verflechtung dieser profitablen Konzerne ein Bild zu machen, seien hier die hauptsächlichsten Kapitalbeteiligungen angeführt:

Cyprus Mines Corporation (Kupfer), amerikanisch;
Cyprus Asbestos Mines Company (britisch, dänisch und zyprisch);
Hellenic Mines Company (griechisch und britisch);
Cyprus Chromium Company (britisch und schwedisch);
Limbni Mines Company (Sulphur), britisch.

Es ist die Politik der großen Bergwerke, die Gewerkschaftsrechte mit Füßen zu treten. Eine Ausnahme bildet die Hellenic Mines Company, die nicht nur Duschenräume, Hospitäler und Arbeiterhäuser schuf, sondern auch Lohnfragen mit den Gewerkschaften aushandelt.

Die Cyprus Asbestos Mines Company und die Cyprus Chromium Company unterhalten einigen Kontakt mit den neuen Gewerkschaften. Erstere bewilligte Transport- und Lebensmittelzuschläge und organisierte ein umfassendes Versicherungsschema, das Familienmitglieder einschließt. Letztere gewährt anderthalb bezahlte Extratage nach 26 Arbeitstagen und 11 Ferientage jährlich.

Teilweise herrscht die Tendenz vor, beide Gewerkschaften gegeneinander auszuspielen, was übrigens zumeist genau so wenig glückt wie bei andern Unternehmen, die dieses Spiel versuchen. An den Spitzen besteht kein Kontakt. Die neue Gewerkschaft lehnt ihn strikt ab. Lokal arbeitet man jedoch ganz gut zusammen, wenn es sich um Lohnforderungen, Streiks usw. handelt.

Die größten Bergwerke, darunter die Cyprus Mines Corporation, die 1000 Arbeiter oder ein Sechstel aller Bergleute beschäftigt — durch die angedeuteten Schwierigkeiten sind nur insgesamt 1000 organisiert, während es normalerweise sicherlich 4000 wären — ent-

lassen jeden Gewerkschafter. Schon das Lesen eines linksgerichteten Gewerkschaftsblattes, ja selbst das Rauchen von Zigaretten einer angeblich kommunistischen Fabrik führen zur Kündigung.

Interessanterweise finanziert die gleiche Firma ein vorbildliches Pensionsschema für alle Angestellten, ein Hospital, Kinderkliniken usw. Sie führte eine radikale Verbesserung der Arbeiterwohnungen durch und ließ sogar architektonisch bemerkenswerte Brausebäder nach westlichem Vorbild bauen. Ihre Kinderklubs gelten als vorbildlichste auf Zypern.

Wir beobachten hier das gleiche Phänomen wie in Amerika zu Beginn des *New Deal*. Die Gesellschaften sind zu großzügigsten Wohlfahrtseinrichtungen bereit — solange ihre Macht unverletzt bleibt.

In Lohnfragen begegnet man geringerem Verständnis. Kumpel, die unter Tag arbeiten (48-Stunden-Woche) müssen sich mit einem Tageslohn von 11 bis 13,5 Schilling begnügen, Tagbau 9 bis 13 Schilling, Frauen 7 bis 9. Auch solche Bergwerke, die jede direkte Fühlung mit den Gewerkschaften ablehnen, haben die Löhne schon verbessert, sobald gewerkschaftliche Sympathiedemonstrationen einsetzen.

Schließlich gehört Zypern zum Orient. Desto anerkennenswerter ist es, daß die Wein- und Spritindustrie neben kostenloser ärztlicher Behandlung ihrer Arbeiter auch im schönsten Teil der Insel unter fachmännischer Leitung ein Ferienlager für deren Kinder einrichtete, das jedem einzelnen einen vollen Sommermonat frei zur Verfügung steht.

Als musterhaft gelten schließlich die Kantineneinrichtungen der Knopfindustrie. Sie spielt keine kleine Rolle, da Zypern auf diesem Gebiet führender Weltlieferant ist (eine halbe Million Knöpfe täglicher Export).

Zusammenfassend sei nochmals festgestellt, daß die Zyprioter Arbeiter nach westlichen Maßstäben noch auf manches verzichten müssen, daß sie aber im Orient außer Israel niemand erreicht und selbst das europäische Griechenland weit zurücksteht.

Alfred Joachim Fischer.

Briefe von der *NZZ*

In der Februar-Nummer der «Gewerkschaftlichen Rundschau» haben wir einen Brief des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes an Herrn Nationalrat W. Bretscher, Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», vom 29. Januar 1953 publiziert, in dem wir dem Verfasser eines Leserbriefes an die NZZ, Herrn P. K., vollen Aufschluß